

Wie stelle ich mir das vor? – Dazu möchte ich ein paar Beispiele geben. So könnten zum Beispiel Dokumentationspflichten suspendiert werden. Genehmigungspflichten könnten in Anzeigepflichten umgewandelt werden. Fristen könnten verlängert werden. Statistiken könnten abgeschafft oder vereinfacht werden. Man könnte schnellere Reaktionszeiten bei den Behörden schaffen, indem dort zentrale Stellen eingerichtet werden, die Entscheidungsbefugnis haben. Somit gibt es Möglichkeiten, für Unternehmen Erleichterungen für den Fall zu schaffen, dass der harte Brexit wirklich kommt.

Wichtig ist dabei vor allem, dass wir nicht bei der Analyse stehen bleiben, sondern dass wir ganz konkrete und verlässliche Vereinbarungen entwickeln. Hier unterscheiden wir uns von dem Dringlichkeitsantrag der SPD und ganz massiv von dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER.

Ich glaube, wir müssen hier kein großes Konzept entwickeln. Wir müssen ein bisschen freier denken. Ich habe sehr positive Erfahrungen mit dem Landtagsamt gemacht. Seitdem glaube ich wieder ganz fest daran, dass wir im öffentlichen Dienst eine Menge Mitarbeiter mit ganz großem Potenzial haben. An dieser Stelle ganz großen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP)

Wir können auch von den Start-ups lernen. Wir haben darüber nachgedacht, ob wir den Start-ups ein bisschen mehr Freiheit geben könnten. Das sollten wir uns auch für den Fall eines harten Brexits überlegen. Wir wollen keine Subventionen schaffen und ihnen ein paar Millionen übergeben, damit es dann schon funktioniert. Wir wollen auch keine neuen Regeln schaffen. Wir wollen die vorhandenen Regeln prüfen und vereinfachen. Wir wollen keine externen Berateraufträge. Wir wollen auch keine neuen Stellen.

Noch einmal: Wir wollen keine ausgearbeitete Strategie, wie das aus dem Dringlichkeitsantrag der SPD heraus klingt. Wir wollen auch keine Auflistung von Problemen. Wir wollen vielmehr eine Liste mit großen und kleinen pragmatischen Lösungen, um den Unternehmen wirkliche Erleichterungen zu verschaffen. Vielleicht kann das sogar der Einstieg in eine Entbürokratisierung sein, die weit über den Brexit hinausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 29. März wird die Zugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union wohl Geschichte sein. Die meisten von uns werden dies bedauern. Ich persönlich würde mir wünschen, dass es von der einen oder anderen Seite noch einmal eine heiße diplomatische Initiative gibt, damit Großbritannien in der Europäischen Union bleibt.

(Tobias Reiß (CSU): Außenminister!)

Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist noch möglich. Er würde auch im bayerischen Interesse liegen. Zumindest könnte die Austrittspflicht nach Artikel 50 des EU-Vertrags über den 29. März hinaus verlängert werden. Auch ein erneutes Referendum ist denkbar. Aber wir sind Realisten. Wir müssen davon ausgehen, dass es zum Austritt kommt. Bayern muss darauf selbstverständlich vorbereitet sein.

Da meine Redezeit zu kurz ist, möchte ich nicht zu viel in die Retrospektive gehen. Ich habe mich gefreut, als Herr Ministerpräsident Dr. Söder gestern bei der IHK Schwaben erklärt hat, dass er es sehr bedaure, dass Großbritannien aus der Europäischen Union ausscheide, und dass diese isolationistischen Tendenzen definitiv der Vergangenheit angehören müssten. Wir erinnern uns, dass die CSU schon anders gesprochen hat. Es liegt gerade drei Jahre zurück, da wurde dem britischen Premierminister David Cameron zur Klausurtagung noch der rote Teppich ausgerollt. Frau Hasselfeldt und Herr Seehofer sprachen davon, was Cameron mache, sei CSU-Politik pur. Das war wenige Wochen vor dem Brexit-Referendum. Ich weiß nicht, ob das retrospektiv so richtig war. Wir belassen es einmal dabei. Sie haben der europäischen Idee damit auf jeden Fall einen Bärendienst erwiesen. Es freut mich, wenn es zwischenzeitlich offensichtlich ein Umdenken gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Heute müssen wir uns auf den tatsächlichen Brexit – egal, ob er nun hart ist oder in welcher Form er auch immer sein wird – vorbereiten. Das ist wichtig für die bayerische Industrie. In diese Richtung geht der Antrag der FDP-Fraktion. Wir unterstützen den Antrag. Bayern ist ein Ausfuhrland, ein starkes Exportland. Wir müssen darauf entsprechend vorbereitet sein.

Wenn man sich anschaut, wie sich die anderen Bundesländer vorbereitet haben, gelangt man zu dem Schluss, dass wir im Europaausschuss noch einmal darüber diskutieren müssen, wie der Status quo in Bayern ist. Die Niedersachsen haben ein Überleitungsgesetz analog dem Deutschen Bundestag gemacht, und zwar schon einige Monate bevor der Bundestag reagiert hat. Nordrhein-Westfalen hat dazu eine eigene Enquete-Kommission einberufen und beispielsweise Friedrich Merz – ich hätte ihn nicht genommen – zum Brexit-Beauftragten ernannt. Wir haben im Übrigen auch einen ähnlichen Antrag gestellt. Auch Bayern bräuchte einen Brexit-Beauftragten, und zwar nicht nur für die Industrie.

Besonders wenn man die Bürokratie im Auge hat – im Sinne der Entbürokratisierung –, muss man auch all die anderen Themenfelder mit in Angriff nehmen. Es gab innerhalb von zwölf Monaten in der Bayerischen Staatsregierung drei Europa-minister, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, sodass ich nur meine Hoffnung zum Ausdruck bringen kann, dass nicht allzu viel liegen geblieben ist und wir gut vorbereitet sind. Darüber sollten wir dann im Zusammenhang mit einem Bericht des Staatsministers im Europaausschuss diskutieren.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der FDP-Fraktion wie auch dem interfraktionellen Antrag der Regierungsfractionen zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe Herrn Abgeordneten Dr. Franz Rieger auf.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit bereitet uns allen Sorge. Die Unsicherheit, wie es weitergeht, ist schlecht für die Menschen, schlecht für die Wirtschaft in Großbritannien und in Europa, aber auch für uns in Bayern.

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben über ein Austrittsabkommen verhandelt, das einen geordneten Übergang ermöglichen sollte. Leider hat das britische Unterhaus dieses Abkommen in der vergangenen Woche abgelehnt. Die reale Perspektive des harten Brexits, wie es meine Vorredner schon beschrieben haben, ist dadurch näher gerückt. Das ist sehr bitter für uns alle. Das